

Von Mark Lamont Hill bis zu den Quäkern – es ist keinerlei Kritik an Israel erlaubt

Jonathan Cook, Middle East Eye, 07.12.18

Die Entlassung von Marc Lamont Hill bei CNN und die Empörung über Airbnb und die Quäker, zeigt eine absolute Intoleranz gegenüber Kritik.

Seit 30 Jahren begehen die Vereinten Nationen jährlich am 29. November den *Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk*. Das Ereignis verdiente selten auch nur ein kurzes Nicken in den Mainstream-Medien. Bis letzte Woche.

Die Beispiele zeigen auch die zunehmende Verschärfung einer auf den Kopf gestellten gefühlsbetonten entpolitisierten Identitätspolitik, die es ermöglicht, an der Seite der Starken gegen die Schwachen zu stehen

Marc Lamont Hill, ein prominenter US-amerikanischer Akademiker und politischer Kommentator von CNN, wurde von einer Welle der Empörung überflutet, wegen einer Rede ([youtube.com/watch?v=I8_3mGQTX2E](https://www.youtube.com/watch?v=I8_3mGQTX2E)), die er im UN-Hauptquartier in New York gehalten hatte. Er forderte ein Ende des diskreditierten Oslo-Modells, der endlosen und sinnlosen Verhandlungen über die palästinensische Staatlichkeit - eine Strategie, die offiziell bereits zwei Jahrzehnte über ihrem Verfallsdatum liegt.

An ihrer Stelle schlug er vor, ein neues Modell eines regionalen Friedens zu entwickeln, basierend auf einem einzigen Staat, der Israelis und Palästinensern gleiche Rechte bietet. In einer Flut von Kritik, dass seine Rede antisemitisch gewesen sei, feuerte CNN ihn kurzerhand.

Empörungsgeschrei

Seine Entlassung, ist typisch für die in jüngster Zeit weitgehend künstlich vorgespielte Empörung von Organisationen wider, die eine praktische und ethische Haltung zum israelisch-palästinensischen Konflikt weiterhin ablehnen. Sowohl das Unternehmen Airbnb, das eine Website für Buchungen von Unterkünften betreibt, als auch die britische Niederlassung der Quäker, eine Vereinigung christlicher Bewegungen, sahen sich als Reaktion auf ihre bescheidenen Initiativen mit Entrüstungsgeschrei konfrontiert.

Letzten Monat kündigte Airbnb an, dass es alle Unterkünfte, die es die in illegalen jüdischen Siedlungen auf palästinensischem Gebiet im Westjordanland im Angebot hat, aus seinen Auflistungen entfernen werde. Kurz danach erklärten die Quäker, dass sie nicht weiterhin in Unternehmen investieren werden, die vom Diebstahl palästinensischer Ressourcen durch Israel in den besetzten Gebieten profitieren.

Beides steht in völligem Einklang mit internationalem Recht, das den Transfer der Bevölkerung einer Besatzungsmacht in die von ihr besetzten Gebiete, sowie den Bau von Siedlungen, als Kriegsverbrechen betrachtet. Auch hier wurden die beiden Organisationen, genauso wie Mark Lamont Hill, der Böswilligkeit und des Antisemitismus beschuldigt, insbesondere von prominenten und angeblich liberalen repräsentativen, jüdischen Gruppen in den USA und Großbritannien.

Alle drei Fälle machen deutlich, wie die Definition des Antisemitismus auf selbst extrem begrenzte Formen der Kritik an Israel und die Unterstützung der palästinensischen Rechte ausgedehnt wird. Diese Neudefinition findet zu einer Zeit statt, in der Israel von der unnachgiebigsten und ultranationalistischsten Regierung seiner Geschichte geführt wird.

Diese Trends stehen im Zusammenhang. Die Beispiele zeigen auch die zunehmende Verschärfung einer auf den Kopf gestellten gefühlsbetonten entpolitisierten Identitätspolitik, die es ermöglicht, an der Seite der Starken gegen die Schwachen zu stehen.

Weniger menschlich

Von allen drei „Kontroversen“ stellte Hills Rede den größten Bruch mit der westlichen Doktrin, über die Art und Weise, wie der israelisch-palästinensische Konflikt gelöst werden könne, dar. Diese wurde Mitte der 90er Jahre durch die Osloer Abkommen eingeführt. Die Vereinbarungen deuten an, dass Israel, wenn die Palästinenser geduldig warten, ihnen eines Tages einen Staat auf weniger als einem Viertel ihres Heimatlandes einräumen könnten. **Ungefähr 25 Jahre später warten die Palästinenser noch immer, während der größte Teil ihres vorgesehenen Staates inzwischen von den Siedlungskolonien Israels aufgefressen worden ist.**

In seiner Rede stellte Hill die Enteignung der Palästinenser durch die zionistische Bewegung in ihrer korrekten historischen Perspektive, als ein siedler-koloniales Projekt dar, eine Perspektive, die zunehmend von Akademikern und Experten anerkannt wird.

Zu Recht stellte er darüberhinaus fest, dass die Chance auf eine Zwei-Staaten-Lösung, wenn überhaupt möglich, durch die Entschlossenheit Israels, einen einzigen Staat auf dem gesamten historischen Palästina zu schaffen, der die Juden privilegiert, zerstört wurde.

Die Geschichte, so Hill, verweist darauf, dass es nur eine mögliche ethische Lösung für solche Situationen gibt: die Dekolonisierung. Das erkennt die bestehende Realität eines einzigen Staates an, besteht aber auf der Gleichberechtigung von Israelis und Palästinensern.

„Jüdischer Genozid“

Anstatt Hill nun argumentativ herauszufordern, griffen Kritiker zu hetzerischen Tönen. Er wurde beschuldigt eine antisemitische Sprache verwandt zu haben und bei der Hamas angestellt zu sein, indem er auf internationale Maßnahmen verwies, zur Sicherung eines „freien Palästinas vom Fluss bis zum Meer“.

Mit falscher Logik behaupteten Israel und seine Apologeten, dass die Hamas den Begriff benutze, um ihre völkermörderische Absicht der Vernichtung der Juden zu bekunden, und dass Hill diese Einstellung aufgegriffen habe. Israels Generalkonsul in New York, Dani Dayan, bezeichnete Hill als „einen Rassisten, Fanatiker und Antisemiten“ und verglich seine Bemerkungen mit einem „rot bemalten Hakenkreuz“.

Ben Shapiro, ein Analyst bei Fox News, wiederholte dies und behauptete, Hill habe gefordert, „alle Juden in der Region zu töten“ und die leitende Redakteurin des *Washington Examiner*, Seth Mandel, argumentierte ähnlich und behauptete, dass Hill einen „jüdischen Völkermord“ befürwortet habe. Auch die *Anti-Defamation League* (ADL), eine prominente und angeblich liberale jüdische Organisation, die vorgibt, die Gleichbehandlung aller US-Bürger zu unterstützen, verurteilte Hill mit der Behauptung: Diejenigen, die „vom Fluss bis zum Meer“ fordern, würden ein Ende des Staates Israel fordern.

Der Slogan „vom Fluss bis zum Meer“ des Likud

Tatsächlich hat der Ausdruck „vom Fluss zum Meer“, bezüglich des Gebiets zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer, eine lange Tradition im israelischen und palästinensischen Diskurs. Es ist einfach eine gängige Art, sich auf eine Region zu beziehen, die einst das historische Palästina war.

Tatsächlich sieht die Gründungsurkunde der Likud-Partei von Premierminister Benjamin Netanyahu ausdrücklich ein Großisrael vor, das den Palästinensern jegliche Hoffnung auf Staatlichkeit verweigert. Es verwendet genau die gleiche Sprache: „Zwischen dem Meer und dem Jordan wird es nur israelische Souveränität geben.“

Er ist kein Hamas-Slogan, sondern wird von jedem verwendet, der die Teilung Palästinas ablehnt und einen einheitlichen Staat befürwortet. Dazu gehören alle Parteien, die der derzeitigen israelischen Regierung angehören.

Tatsächlich sieht die Gründungsurkunde der Likud-Partei von Premierminister Benjamin Netanyahu ausdrücklich ein Großisrael vor, das den Palästinensern jegliche Hoffnung auf Staatlichkeit verweigert. Es verwendet genau die gleiche Sprache: "Zwischen dem Meer und dem Jordan wird es nur israelische Souveränität geben."

Auch nach der Änderung der Charta, im Zuge der Osloer Abkommen von 1999, forderte sie weiterhin ein Groß-Israel und erklärte, dass „der Jordan die permanente Ostgrenze des Staates Israel sein wird“.

Das israelische Apartheid-Modell

Der Unterschied zwischen der Position der Hamas und der israelischen Regierung auf der einen Seite und Hill auf der anderen Seite besteht darin, dass Hill einen gemeinsamen Staat vorschlägt, der alle Bewohner gleichwertig behandelt und nicht ein System der Herrschaft einer religiösen oder ethnischen Gruppe, über eine andere. **Im Gegensatz zu Netanyahu und israelischen Vertretern, lehnt Hill das Modell der Dauerbesatzung und Apartheid ab, was in den Augen von CNN und ADL ein kündbares Vergehen zu sein scheint.**

Ganz im Gegensatz dazu, beschäftigt CNN seit langer Zeit den ehemaligen US-Senator Rick Santorum, obwohl dieser geäußert hat, dass all das Gebiet zwischen Fluss und Meer israelisches Land sei und eine Sprache verwendet, die darauf hindeutet, dass er einen Völkermord an den Palästinensern befürwortet.

Wie absurd diese Angriffe auf Hill sind, wird in dem Moment deutlich, wenn man sich klar macht, dass viele der letzten Akteure des Friedensprozesses, vom ehemaligen israelischen Premierminister Ehud Barak, bis zum ehemaligen US-Außenminister John Kerry, davor gewarnt haben, dass Israel kurz davor stehe, ein Apartheidsystem über die Palästinenser zu errichten.

Sie haben diese Aussage genau deshalb gemacht, da sich eine ganze Abfolge israelischer Regierungen unnachgiebig geweigert haben, sich aus den besetzten Gebieten zurückzuziehen.

Da die USA unter Donald Trump jegliche Perspektive einer palästinensischen Staatlichkeit, realistisch oder nicht, aufgegeben haben, hat Hill einfach darauf hingewiesen, dass der Kaiser nackt ist. Hill stellte eine

Realität fest, von der niemand, der in der Lage wäre den katastrophalen Status quo zu ändern, bereit zu sein scheint, dies zu tun.

Das Recht auf Widerstand

Es wurde ihm auch deswegen Antisemitismus vorgeworfen, weil er Druckmittel zur Beendigung der Kompromisslosigkeit Israels unterstützt, die die Palästinenser seit mehr als einem halben Jahrhundert unter Besatzung hält.

Hill hob das Recht eines besetzten Volkes hervor, sich seinem Unterdrücker zu widersetzen, ein Recht, das in jeder westlichen Hauptstadt ignoriert und als Terrorismus bezeichnet wird, selbst wenn palästinensische Angriffe sich gegen bewaffnete israelische Soldaten richten, die eine militärische Besatzung aufrechterhalten.

Doch Hill warb für einen anderen, einen gewaltfreien Widerstand im Stil Gandhis, und für Solidarität mit den Palästinensern in Form von Boykott, Divestment und Sanktionen (BDS), genau die Art internationalen Protests, die dabei geholfen hat Apartheid-Südafrika zu dekolonisieren.

BDS als Feindbild

In den letzten Jahren haben die israelische Regierung, Apologeten der Besatzung Israels und westliche Staaten, die BDS-Bewegung zum Feindbild gemacht. Ihre Verdienste werden nicht länger diskutiert. Sie wird weder als Taktik zur Beendigung der Besatzung, noch als Druckmittel gegen Israel zur Lockerung einer Ideologie dargestellt, die die ethnische Überlegenheit der jüdischen Mehrheit über das Fünftel der israelischen Gesellschaft festschreibt, das palästinensisch ist.

Anstattdessen gilt sie als Beweis für Antisemitismus und damit zunehmend auch für genozidale Absichten. Die Tatsache, dass sich die BDS-Bewegung in westlichen Universitäten durchsetzt hat und von einer erheblichen Anzahl junger, antizionistischer Juden übernommen wurde, wird schlichtweg ignoriert. Es gibt es einen wachsenden Trend, BDS zu verbieten und so zu behandeln, als wäre es ein Vorläufer des Terrorismus.

Hills Rede war also ein direkter Angriff auf die stillen Ränder der öffentlichen Debatte, die von den Apologeten Israels und den westlichen Staaten streng kontrolliert wird, um sinnvolle Diskussionen darüber zu verhindern, wie die Besatzung Israels beendet werden kann, und das Recht der Palästinenser auf Würde und Selbstbestimmung wiederhergestellt werden kann.

Der Elefant im Raum

Warum es für Israels Apologeten so wichtig ist, jemanden wie Hill zum Schweigen zu bringen, liegt daran, dass er auf den Elefanten im Raum hinweist.

Seine Argumentation verweist nachdrücklich darauf, dass die Staatsideologie Israels, der Zionismus, mit der Gleichberechtigung der Palästinenser in ihrer historischen Heimat nicht vereinbar ist. Er impliziert, dass die Besatzung keine Fehlentwicklung ist, die behoben werden muss, sondern integraler Bestandteil der zionistischen Vision von der „Judaisierung“ Palästinas, von der Auslöschung der palästinensischen Präsenz im Einklang mit anderen kolonialistischen Siedlerprojekten.

Tatsächlich ist das Ziel der Kritiker Hills, eine genauere Betrachtung der aggressiven territorialen Ambitionen Israels zu verhindern, und nicht die Sorge um einen vermeintlichen Anstieg des "linken

Antisemitismus“, was auch durch die Aufregung um die sehr bescheidenen Aktionen der britischen Quäker und Airbnb bestätigt wird.

Die Quäker und ethische Investitionen

Ende letzten Monats kündigten die Quäker an, dass sie nicht mehr in Unternehmen investieren würden, die von der Besatzung profitieren. Der Schritt ist Teil ihrer Politik der „ethischen Investitionen“, ähnlich wie ihre Weigerung, in die Rüstungs- und Brennstoffindustrie zu investieren.

Die Quäker sind eine kleine christliche Gruppe, die auch in der Vergangenheit, bei der Identifizierung moralischer Skandale, eine Vorreiterrolle gespielt haben.

In der Tat sind es jedoch das *Board of Deputies* und andere jüdische Organisationen, die diese Spaltung nach Großbritannien und die USA hineingetragen haben, indem sie ihre jüdische Identität explizit an die hässlichen kolonialistischen Aktionen Israels koppelten

Sie waren führend mit ihrem Widerstand gegen die Sklaverei in den USA und der Apartheid in Südafrika und bekamen den Friedensnobelpreis für die Rettung von Juden und Christen vor den Nazis, während des Zweiten Weltkriegs verliehen. Dazu gehörte auch die Organisation des Kindertransports, der 10.000 überwiegend jüdische Kinder nach Großbritannien brachte. Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, dass sie eine Führungsrolle übernehmen, im Gegensatz zu anderen britischen Kirchen die zu ängstlich sind, um dies in Betracht zu ziehen, dass sie die Unternehmen bestraft, die von der Unterwerfung und Unterdrückung der Palästinenser in den besetzten Gebieten profitieren.

Anstatt die britischen Quäker für den Boykott dieser Unternehmen zu kritisieren, könnte man sich eher fragen, warum sie so lange gebraucht haben, um zu handeln. Schließlich gibt es die militärische Besatzung Israels, die wachsenden Siedlungen und gut dokumentierte Übergriffe, seit mehr als fünf Jahrzehnten.

Spaltungen importieren

Doch selbst die Tatsache, dass die Quäker immer wieder auf der richtigen Seite der Geschichte gestanden haben, verhindert nicht, dass jüdische Organisationen in Großbritannien die Quäker nicht anprangern. Herausragend dabei war das *Board of Deputies*, das großspurig von sich behauptet, die jüdische Gemeinde in Großbritannien zu vertreten.

Die unerbittlichen Angriffe des *Board of Deputies* auf den Führer der Labour-Partei, Jeremy Corbyn, der des Antisemitismus bezichtigt wird, wurden durch diesen Vertretungsanspruch von den britischen Medien als zuverlässig angesehen.

Aber das *Board of Deputies* zeigte sein wahres Gesicht, indem es die Quäker anprangerte und unterstellte, dass ihre Haltung nicht durch Ethik, sondern durch Antisemitismus motiviert sei. Die neu gewählte Präsidentin des *Board of Deputies*, Marie van der Zyl, ignorierte die lange Geschichte der Quäker und behauptete, dass Israel „herausgepickt“ würde und, dass die Führung der Quäker einen „obsessiven Ansatz“ verfolge. Paradoxerweise warf sie den Quäkern vor, dass sie Vorurteile nicht abbauen und den Frieden in der

Region nicht fördern würden. Stattdessen hätten die Führer der Quäker beschlossen, „einen Konflikt in unser Land zu importieren“.

In der Tat sind es jedoch das *Board of Deputies* und andere jüdische Organisationen, die diese Spaltung nach Großbritannien und die USA hineingetragen haben, indem sie ihre jüdische Identität explizit an die hässlichen kolonialistischen Aktionen Israels koppelten. **Die Quäker weisen darauf hin, dass es in einem Konflikt, in dem die eine Seite, Israel, um vieles stärker ist als die andere, es keine Lösung geben kann, wenn die stärkere Seite nicht unter effektiven Druck gesetzt wird.**

Das *Board of Deputies* hingegen will die Quäker einschüchtern und zum Schweigen bringen, damit Israel weiterhin frei ist, um die Palästinenser zu unterdrücken und ihr Land durch die Erweiterung der Siedlungen zu stehlen. Die Quäker sind nicht antisemitisch. Es sind die führenden jüdischen Organisationen wie das *Board of Deputies*, die der jahrzehntelangen israelischen Brutalität gegenüber den Palästinensern gleichgültig, oder sogar *Cheerleader*, sind.

Die Rolle von Airbnb, bei der Unterstützung von Siedlern

Ebenso wurde Airbnb mit Kritik bombardiert, als es den noch beschränkteren Schritt versprach, etwa 200 Unterkunstmöglichkeiten von seiner Website in den völkerrechtswidrigen Siedlungen im Westjordanland zu entfernen.

Bis vor kurzem herrschte allgemeine Übereinkunft darüber, dass die Siedlungen ein unüberwindbares Hindernis für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts durch eine Zwei-Staaten-Lösung darstellen.

Darüber hinaus ist klar, dass der Schutz und die Expansion der Siedlungen, immer mehr Gewalt gegen die einheimische palästinensische Bevölkerung erfordern. Darum verbietet das internationale Recht den Transfer der Bevölkerung einer Besatzungsmacht in das von ihr besetzte Gebiet.

Airbnb unterstützte eindeutig diese illegalen Siedler, indem es ein stärkeres Profit-Motiv für Juden schuf, auf gestohlenem palästinensischem Land zu leben. Dieses wirtschaftliche Motiv war die Grundlage einer Klage, die letzte Woche in den USA von Siedlerfamilien eingereicht wurde, die „religiöse Diskriminierung“ geltend machten.

In Wirklichkeit war die Entscheidung, sich aus dem Westjordanland zurückzuziehen, das absolute Minimum, das man von Airbnb erwarten konnte. Dennoch sind jüdische Siedlungen im besetzten Ostjerusalem von diesem Verbot ausgeschlossen, obwohl sie den Großteil der jüdischen Siedlerbevölkerung ausmachen.

Doppelte Standards der Anti-Defamation League

Obwohl dieser Schritt schwach und längst überfällig war, wurde er von führenden jüdischen Organisationen in den USA, nicht zuletzt der ADL, erneut als antisemitisch eingestuft.

Die ADL behauptet, dass Sicherheit und Gerechtigkeit und faire Behandlung aller Bürger gleichermaßen, einer der Gründe sei, warum sie eine aktive Rolle im Kampf für die Bürgerrechte der amerikanischen Schwarzen in der Jim-Crow-Ära spielte. **Doch wie bei so vielen jüdischen Führungsorganisationen zeigt sich, dass sie, wenn es um Israel geht, in der Realität einem Stammesdenken und einer ethnischen Agenda anhängen und nicht von einer universellen, menschenrechtsbasierten Agenda bestimmt werden.**

Anstatt Airbnbs Entscheidung zu begrüßen, nutzte sie den Begriff des Antisemitismus erneut aus und setzte ihn herab, um Druck auf Israel fernzuhalten, damit es seine anhaltenden Verstöße gegen die Palästinenser und den Raub ihrer Ressourcen beendet.

Das Recht der Palästinenser auf Würde und auf Befreiung von der Unterdrückungsherrschaft Israels wird dem Recht Israels untergeordnet, unangefochten seine siedlerkolonialistischen Pläne fortzusetzen

Die ADL warf dem Unternehmen „Doppelmoral“ vor, weil es in „Nordzypern, Tibet, der Westsahara-Region und anderen Gebieten, in denen Menschen vertrieben wurden“ nicht genauso vorgehe. Peter Beinart, Kommentator bei *Forward* hob hervor, dass dieses Argument bestenfalls unredlich sei: „Hat sich die ADL einer Doppelmoral schuldig gemacht, als ihre Vertreter für die Bürgerrechte der Afroamerikaner demonstrierten, nicht aber für die der Indianer, deren Bürgerrechte bis 1968 nicht durch Bundesgesetz garantiert waren?“

Israel täglich im Blickfeld

Diese drei Fälle machen deutlich, dass, während die schlechten Absichten Israels gegenüber den Palästinensern immer offensichtlicher und transparenter wurden, der offiziell anerkannte Raum, Kritik an Israel zu üben und die palästinensische Sache zu unterstützen, absichtlich und aggressiv eingeengt wird.

In einer Ära von Telefonkameras, 24-Stunden-Nachrichten und sozialen Medien, ist Israel wie nie zuvor, täglich einer eingehenden Beobachtung ausgesetzt. Die langjährige Abhängigkeit von kolonialer Unterstützung, die Schaffung auf Grundlage von ethnischer Säuberung, der institutionelle Rassismus, mit dem sich die Minderheit palästinensischer Bürger gegenüber sieht, die schamlose Brutalität und strukturelle Gewalt ihrer 51-jährigen Besatzung, werden besser verstanden als noch vor zehn Jahren.

Zeitgleich sind anderen große historische Ungerechtigkeiten ans Licht gekommen, Frauen gegenüber, gegen *People of Colour*, Indigene und gegen die LGBT-Gemeinschaft und haben zur Schaffung einer neuen Art populärer Identitätspolitik geführt.

Das Offensichtliche negieren

Israel müsste eindeutig als auf der falschen Seite stehend betrachtet werden, und doch helfen westliche Regierungen und jüdische Führungsorganisationen vehement dabei zu leugnen, was offensichtlich sein sollte, und stellen damit die Realität auf den Kopf.

Vor einigen Jahren argumentierten nur die fanatischsten Anhänger Israels, dass Antizionismus mit Antisemitismus gleichzusetzen sei. Jetzt werden Antizionismus- und Solidaritätsbewegungen wie die BDS-Bewegung im Mainstream-Diskurs unkritisch nicht nur als antisemitisch bezeichnet, sondern es wird auch impliziert, dass dies eine Form des Terrorismus gegen Juden sei.

Das Recht der Palästinenser auf Würde und auf Befreiung von der Unterdrückungsherrschaft Israels wird dem Recht Israels untergeordnet, unangefochten seine siedlerkolonialistischen Pläne fortzusetzen, die einheimische palästinensische Bevölkerung zu vertreiben und zu ersetzen. Nicht nur das, sondern auch jede Solidarität mit unterdrückten Palästinensern wird als Antisemitismus bezeichnet, nur weil jüdische Führer in

den USA und Großbritannien meinen einen Trumpf zu haben: ihr überlegenes Recht, sich mit dem siedlerkolonialen Projekt Israels zu identifizieren und vor jeglicher Kritik für ihre Haltung geschützt zu sein.

In dieser pervertierten Form von Identitätspolitik, werden die Rechte des atomar bewaffneten Staates Israel und seiner Anhänger im Ausland als Waffe benutzt, um dem Recht einer schwachen, verstreuten, kolonisierten und marginalisierten Gemeinschaft von Palästinensern zu schaden.

Seit Jahrzehnten räumen die israelischen Anhänger ein, dass Israel einer so genannten „legitimen Kritik“ ausgesetzt werden könne. Doch die Reaktionen auf Hill, die Quäker und Airbnb zeigen, dass es praktisch keine Kritik an Israel gibt, die als legitim betrachtet wird, und dass, wenn es um das Leiden der Palästinenser geht, die einzig akzeptable Haltung eine der Resignation und des Schweigens ist.

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

Quelle: middleeasteye.net/columns/when-it-comes-israel-rule-no-criticism-allowed-1619900694